



Im Visier der AfD in Mainz: Angriff auf die demokratische Zivilgesellschaft – Christians for Future zeigt sich unbeeindruckt

Die Organisation **Christians for Future** ist gemeinsam mit 52 weiteren zivilgesellschaftlichen Gruppen – darunter unter anderem das **Bistum Mainz und Organisationen, die sich für obdachlose, geflüchtete und queere Menschen einsetzen**– ins Visier einer [Stadtratsanfrage der AfD in Mainz](#) geraten. Diese reiht sich ein in die Versuche der AfD, die engagierte demokratische Zivilgesellschaft zu diskreditieren und einzuschüchtern. Die AfD versucht mit der Anfrage gesellschaftlichen Zusammenhalt zu schwächen, um ihre Botschaft der Spaltung zu stärken.

„Die AfD macht Politik gegen arme und ausgegrenzte Menschen – das zeigt sie einmal mehr mit dieser Liste“, erklärt **Markus von Christians for Future Rhein-Main**. „Jesus stellte sich zu armen und ausgegrenzten Menschen, und wir folgen ihm nach: Deswegen setzen wir uns für eine gerechte gesellschaftliche Transformation ein, die sowohl die Klimakrise als auch die parteigewordene Verantwortungslosigkeit der AfD überwinden will.“

In der Presse bezeichnet die AfD die gelisteten Organisationen als „linksradikal“ – ein Framing, das erschreckende Einblicke in das Demokratieverständnis der Partei gibt. Sogar das katholische **Bistum Mainz** wird in diesem Kontext genannt. Aus Sicht einer Partei, die in vielen Bundesländern vom Verfassungsschutz als rechtsextrem eingestuft wird, scheint jegliches Engagement für Gerechtigkeit und Solidarität linksradikal zu sein.

Edith von Christians for Future Rhein-Main stellt klar: „Wenn die AfD sogar ein katholisches Bistum für linksradikal erklärt, wird deutlich: Sie will alle christlichen Organisationen bekämpfen, die sich für Menschlichkeit, Solidarität und Nächstenliebe einsetzen.“

Die Absicht hinter der Liste ist doppelt perfide: Zum einen werden Gruppen gezielt markiert und zur Zielscheibe für gewaltbereite Rechtsextreme gemacht. Zum anderen sollen öffentliche Stellen eingeschüchtert werden, um die Förderung gemeinnütziger Projekte zu unterbinden. Christians for Future hat noch nie staatliche Mittel bekommen, doch gerade für die oft auf öffentliche Mittel angewiesene soziale Arbeit ist dies eine Gefahr.

Georg Sauerwein von Christians for Future betont: „Wir lassen uns nicht einschüchtern, sondern fühlen uns in unserem Einsatz bestärkt. Wenn die AfD uns als Gefahr ansieht, dann sind wir auf dem richtigen Weg.“

Christians for Future beobachtet ähnliche Strategien der AfD auch in anderen Bundesländern. Die demokratische Zivilgesellschaft ist aufgerufen, wachsam zu bleiben und sich klar gegen Einschüchterung, Hass und Spaltung zu stellen. Ein Verbotsverfahren gegen die AfD ist aus Sicht von Christians for Future überfällig.

Christians for Future steht weiterhin fest für Demokratie, soziale Gerechtigkeit und die Bewahrung der Schöpfung. Unser christlicher Glaube verpflichtet uns dazu.

Pressekontakt: Georg Sauerwein E-Mail: presse@christians4future.de (Telefonnummer wird auf Anfrage an Pressevertreter*innen herausgegeben)

Hinweis: Wir empfehlen Pressevertreter*innen, auch mit lokalen Organisationen wie *Armut und Gesundheit in Deutschland e.V.* (presse@armut-gesundheit.de) in Kontakt zu treten, um weitere Stimmen aus der Zivilgesellschaft zu hören.